



# Bundestags- brief

Nr. 160 • Die Woche im Bundestag • 28.11.2014



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Der „Fall Gurlitt“ und die Folgen: weiter verantwortungsbewusst und besonnen handeln

Mit der Annahme des Erbes von Cornelius Gurlitt durch die Stiftung Kunstmuseum Bern erfolgt nun der nächste Schritt im schwierigen Umgang mit den rund 1260 Werken, die die Staatsanwaltschaft Augsburg 2012 in München entdeckt hat.

Es freut mich sehr, dass es in enger Abstimmung mit meinem bayerischen Kollegen und Vertretern des Berner Kunstmuseums gelungen ist, eine Vereinbarung zu treffen, die sicherstellt, dass die wichtige Arbeit der „Taskforce Schwabinger Kunstfund“ weitergehen kann.

Unserer besonderen deutschen Verantwortung gegenüber den Opfern der NS-Diktatur kommen wir in der Ausgestaltung dieser Vereinbarung nicht nur rechtlich, sondern auch unter moralischen Gesichtspunkten nach.

So übernimmt die Bundesregierung auch weiterhin die Provenienzforschung und Restitution im Zusammenhang mit dem „Schwabinger Kunstfund“. Außerdem legt die Vereinbarung fest, dass die Taskforce weiterhin die Provenienzforschung für alle Werke des „Schwabinger Kunstfundes“ durchführt.

Diese werden bis zum Abschluss der Untersuchung in Deutschland verbleiben. Die Taskforce verfolgt dabei das Ziel, zu jedem der Werke einen Provenienzbericht vorzulegen.

Sollte sich im Rahmen der Provenienzforschung ein Verdacht auf NS-Raubkunst belegen lassen, wird das entsprechende Werk umgehend restituiert.

Ist kein Berechtigter zu identifizieren, wird das Werk in Deutschland ausgestellt, so dass Berechtigte jederzeit ihre Ansprüche anmelden können.

Provenienzberichte und Geschäftsbücher werden auch auf der zentralen Plattform [www.lostart.de](http://www.lostart.de) eingestellt, um möglichen Berechtigten den Zugang zu den benötigten Informationen unkompliziert zu ermöglichen.

Werke, die nach dem Ergebnis der Taskforce keine NS-Raubkunst sind, werden dem Kunstmuseum Bern übergeben, das ab diesem Zeitpunkt die alleinige Verantwortung dafür übernimmt.

Im Sinne größtmöglicher Transparenz werden außerdem auch die Informationen zu jenen Werken auf [www.lostart.de](http://www.lostart.de) präsentiert werden, bei denen ein Verdacht nicht hinreichend geklärt werden kann.

Wenn sich in diesen Fällen bis Ende 2020 erweist, dass es sich nicht um NS-Raubkunst handelt, werden die Werke an das Kunstmuseum Bern übergeben. Ansonsten gibt das Kunstmuseum jeglichen Anspruch auf diese Werke nach Ablauf des Jahres 2020 auf.

Darüber hinaus ist außerdem vorgesehen, dass auch die Geschäftsbücher und die geschäftliche Korrespondenz von Cornelius Gurlitt unter Berücksichtigung der Persönlichkeitsrechte Dritter auf [www.lostart.de](http://www.lostart.de) eingestellt werden.

Ganz besonders gefreut hat mich, dass wir eine gute Lösung gefunden haben für die Werke des Nachlasses, die als „entartete Kunst“ verfemt und aus öffentlichen Sammlungen und Museen in Deutschland während der Nazi-Zeit entfernt wurden.

Hier sieht die Vereinbarung vor, dass das Kunstmuseum Bern diese übernimmt und restauratorisch betreut – sofern kein NS-Raubkunst Verdacht besteht.

Gleichzeit wird das Kunstmuseum jedoch Leih- anfragen von Museen, die bis zur NS-Aktion „Entartete Kunst“ Besitzer der angefragten Werke waren, prioritär behandeln und diesen entsprechen, sofern das konservatorisch verantwortbar ist.

Für den Fall, dass ein Werk die Sammlung verlässt, werden die Interessen derjenigen Museen, die Verluste durch die NS-Aktion "Entartete Kunst" hatten, vorrangig berücksichtigt.

Mit dieser Vereinbarung zeigt Deutschland, dass es bereit ist, seiner besonderen Verantwortung im Umgang mit der NS-Vergangenheit auch im Bereich des nationalsozialistischen Kunstraubes vollumfänglich nachzukommen.

Die Ernsthaftigkeit, mit der die Bundesregierung dieses Thema angeht, wird auch dokumentiert durch den Aufbau der Stiftung „Deutsches Zentrum Kulturgutverluste“, die ihre Arbeit ab Januar 2015 aufnehmen kann und bereits ab 2015 mit 6 Millionen Euro vom Bund gefördert wird.

Die Stiftung wird dabei die wichtige Aufgabe übernehmen, öffentliche Einrichtungen bei der Suche nach NS-Raubkunst zu beraten und finanziell zu unterstützen.

Gerade kleinere Museen sind oft überfordert damit, die Provenienzen ihrer Bestände systematisch und verlässlich zu prüfen.

Hier kann die Stiftung eine zentrale Rolle spielen, damit die Sammlungsbestände der Museen in Deutschland nachhaltig auf eine eventuelle NS-Raubkunst-geschichte untersucht werden können.

Außerdem wird das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste ein neues Angebot für Privatsammler und Privatmuseen entwickeln, die freiwillig den „Washingtoner Prinzipien“ folgen.

Zudem wird das Zentrum die Vernetzung der Provenienzforschung vorantreiben, nationale und internationale Kooperationen initiieren und begleiten sowie mit universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen kooperieren.

## **Ausgeglichener Haushalt, unser historischer Erfolg**

Mit dem Bundeshaushalt 2015 haben wir in dieser Woche Geschichte geschrieben: Zum ersten Mal seit über 40 Jahren wird der Bund ohne neue Schulden auskommen.

In der nüchternen Sprache des Haushaltsrechts liest sich der entscheidende Satz so: „Im Haushaltsjahr 2015 nimmt der Bund keine Kredite zur Deckung von Ausgaben auf.“

Und noch ein zentrales Versprechen der Union lösen wir mit diesem Haushalt ein: Wir sorgen dafür, dass die Ausgaben des Bundes ohne Steuererhöhungen finanziert werden.

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass uns dies gelungen ist. Denn wir hatten auf der Grundlage eingetrübter Wirtschafts- und Konjunkturaussichten zusätzliche Ausgaben etwa beim Arbeitslosengeld II, den Kosten der Unterkunft und dem Elterngeld zu finanzieren.

Neue Ausgaben fangen wir durch Umschichtungen sowie über gesunkene Ausgaben beim Betreuungsgeld und Wohngeld und vor allem durch niedrigere Zinsausgaben auf.

Zudem haben wir die von der Bundesregierung geplanten Gesamtausgaben noch einmal um 400 Millionen Euro gekürzt und setzen so ein weiteres starkes Signal für die Verlässlichkeit der Koalition.

Mit Abschluss des parlamentarischen Verfahrens darf der Bund im kommenden Jahr maximal 299,1 Milliarden Euro ausgeben. Das liegt noch immer unter dem Niveau von 2010.

Doch wir sparen nicht nur, sondern investieren auch. So haben wir die Bereiche innere Sicherheit, humanitäre Hilfe, Verkehr, Kultur und Hochwasserschutz deutlich gestärkt. Und wir bringen ein Investitionspaket in Höhe von insgesamt 10 Milliarden Euro ab 2016 auf den Weg.

All das sind wirklich gute Gründe für Freude, Stolz und Dank an alle, die mit ihrer Disziplin und konzentrierten Arbeit daran mitgewirkt haben, diesen Erfolg zu erreichen.

### **Koalitionsvertrag umsetzen, Zukunft vernünftig gestalten**

Die Koalition arbeitet weiter intensiv an der Umsetzung des Koalitionsvertrages. So werden wir, wie versprochen, die Tarifpluralität in geordnete Bahnen lenken. Der Gesetzentwurf von Bundesministerin Nahles zur Tarifeinheit befindet sich in der Ressortabstimmung.

Gleiches gilt für die Frauenquote. Für uns gilt: Was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, das setzen wir um. Darauf kann sich auch die Wirtschaft verlassen. In diesem Zusammenhang drängen wir darauf, dass der für Wirtschaft zuständige Bundesminister bürokratische Erleichterungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen mit einbringt.

Auch beim so genannten Fracking sind wir auf gutem Wege. Bei der unkonventionellen Erdgasgewinnung ist Fracking – insbesondere bei der Schiefergasförderung – eine Technologie mit erheblichem Risikopotenzial.

Die Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt sind wissenschaftlich noch nicht hinreichend geklärt. Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang. Die vorliegenden Vorschläge der zuständigen Bundesminister setzen dies um, ohne Deutschland von den möglichen Chancen auszuschließen.

In Thüringen dagegen schicken sich die Wahlverlierer SPD und Grüne an, in einer Koalition mit der Linken die Erfolge aus 25 Jahren und damit die Zukunftschancen aufs Spiel zu setzen.

Schon die Präambel des Koalitionsvertrages streut den Menschen Sand in die Augen: Versprochen wird „eine neue Kultur des Zuhörens und Mitmachens“, aber die berechtigten Sorgen tausender Menschen und die nachvollziehbaren Bedenken dagegen, dass die Linke erstmals seit 1990 einen Regierungschef stellen soll, werden überhört.

Inhaltlich setzen Linke, SPD und Grüne auf alte Ladenhüter wie ihr Bekenntnis zu Steuererhöhungen und zur Wiederbelebung der Vermögensteuer. Die Ministerien sollen durch Beiräte aufgebläht werden.

Verantwortungsvolle Politik für die Zukunft sieht anders aus.

### **Internationale Lage weiterhin bedrückend**

Überhaupt nicht entspannt hat sich die Situation in der Ukraine. Unsere Bundeskanzlerin hat nach den Gesprächen in Australien deutliche Worte gefunden: Moskau verletzt die territoriale Integrität und die staatliche Souveränität des Nachbarlandes. Sie hat klar und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass sich altes Denken in Einflussphären, das internationales Recht mit Füßen tritt, nicht durchsetzen darf. Wir werden einen langen Atem brauchen. Aber der Bruch von Völkerrecht kann und darf nicht hingenommen oder bagatellisiert werden.

Auch die Situation im Nahen Osten macht uns weiter große Sorgen. Die große Zahl von Menschen, die vor den Mörderbanden der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) flüchten musste, braucht unsere volle Solidarität. Und vor allem tätige Hilfe. Deutschland ist hier vorbildlich und intensiv engagiert. Nach wie vor geht es darum, die europäischen und internationalen Hilfsangebote umzusetzen.

### **Deutschland ist angesehenste Nation**

Dem Anholt-GfK Nation Brands Index zufolge ist Deutschland im Jahr 2014 die beliebteste Nation der Welt. Der Index basiert auf über 20.000 Interviews in 20 Ländern und beurteilt das Image von 49 entwickelten Ländern und Schwellenländern in den Kategorien Exporte, Regierung, Kultur, Bevölkerung, Tourismus sowie Immigration/Investitionen.

Deutschland überholt in diesem Jahr den seit 2009 unangefochtenen Spitzenreiter USA. Beigetragen hat dazu vor allem die Leistung der deutschen Nationalmannschaft bei der Fußball-Weltmeisterschaft: Der Zugewinn in der Rubrik „sportliche Spitzenleistung“ war höher als jede Punktsteigerung, die andere Länder in einem der möglichen Teilbereiche erreichten.

Auch Deutschlands Führungsrolle in Europa, die starke Wirtschaft sowie die international kontinuierlich wahrgenommene politische Verantwortung wirkt sich auf den Index aus. So ist Deutschlands Punktzahl im Bereich „ehrliche und kompetente Regierung“ gestiegen. In den Bereichen „Investitionsklima“ und „soziale Gleichheit“ belegt Deutschland Platz eins.

*(Quelle: Anholt-GfK Nation Brands Index)*